

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

29.10.1921 (No. 253)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postkontokonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 M. 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbedingungswangsweser Verteilung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewährung übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Kein endgültiges Verzeichnis der Ortsklasseneinteilung!

Seit gestern gehen verschiedentlich Nachrichten durch die Presse, als sei der Gesetzentwurf über die neue Ortsklasseneinteilung bereits fertig gestellt. Daran anschließend werden Beschwerden und Klagen über Nichtberücksichtigung schon längst vorgetragener Wünsche erhoben.

Demgegenüber ist zu erklären, daß das, was jetzt in der Öffentlichkeit als Vorlage der Reichsregierung behandelt und kritisiert wird, lediglich einen Entwurf des Statistischen Reichsamtes darstellt, der von diesem Amte als Grundlage der Verhandlungen mit den Organisationen bestimmt worden ist. Der endgültige Gesetzentwurf wird vom Reichsfinanzministerium erst nach den Schlussfolgerungen mit den Organisationen und Länderregierungen festgesetzt werden.

Das badische Finanzministerium hat heute die Einladung zur Teilnahme an der Schlussitzung im Reichsfinanzministerium in Berlin am 8. November d. J. erhalten. Erst nach diesem Tage also wird der Entwurf, so wie er an den Reichsrat gehen soll, fertiggestellt. Dann finden die Beratungen im Reichsrat statt, die den einzelnen Ländern noch Gelegenheit geben werden, bis jetzt nicht berücksichtigte Wünsche zu vertreten. Erst nachdem der Entwurf diese verschiedenen Stadien durchlaufen hat, geht er dann an den Reichstag, der seinerseits darüber beschließen wird.

Die badische Regierung wird, wie sie das schon mehrfach öffentlich erklärt hat, die berechtigten Wünsche auf dem Gebiet der Ortsklasseneinteilung mit Nachdruck bei den kommenden Verhandlungen vertreten; es liegt deshalb zur Beunruhigung augenblicklich keinerlei Anlaß vor, denn ein abschließender Gesetzentwurf ist bis jetzt überhaupt noch nicht fertig gestellt.

#### Die neue Reichsregierung.

Der Reichs-Korrespondenz „Nord-Süd“ wird von ihrem Berliner Mitarbeiter geschrieben:

Daß die Neubildung des Kabinetts Birck sich schließlich auf einer verfeinerten, statt auf einer verbreiterten Grundlage hat vollziehen müssen, ist an sich eine unerfreuliche Tatsache. Sie verliert an unmittelbarer praktischer Bedeutung dadurch, daß die Erklärungen der Regierung trotzdem mit der völlig ausreichenden Mehrheit von 280 gegen 132 Stimmen gutgeheißen worden sind; aber sie ist und bleibt ein Armutzeugnis für die beiden bürgerlichen Parteien, die sich der Teilnahme an der Regierungsbildung entziehen zu sollen geglaubt haben, ohne doch einen anderen gangbaren Weg zu weisen.

Die Deutsche Volkspartei gibt sich ja den Anschein, als ob sie es auf die angeordneten Zwangsmaßnahmen hätte ankommen lassen wollen, aber es ist doch recht fraglich, ob es ihr damit wirklich ernst war, und ob sie sich nicht vielmehr im Stillen damit getröstet hat, daß die erforderliche Mehrheit sich auch ohne ihre Mitwirkung zusammenfinden werde. Das würde bedeuten, daß man aus Gründen der Parteiloyalität die Mitverantwortung für eine Handlungsweise ablehnte, die man im Grunde als notwendig erkannte, und man versteht das einigermassen, wenn man sich erinnert, daß die Deutsche Volkspartei bei den letzten Berliner Stadtverordnetenwahlen schon ein Nachlassen der Volksgunst zu spüren bekommen hat, wie es Kompromiß- und Koalitionsparteien selten erspart bleibt. Aber es hat von jeher als sittliche Pflicht gegolten, das Vaterland über die Partei zu stellen, und wenn diese Pflicht in dem vorliegenden Falle beiseite gesetzt worden ist, so besteht wahrhaftig kein Grund, sich dieser Haltung als einer besonders patriotischen zu rühmen.

Sucht man sodann nach einer Erklärung für die bestrebliche Haltung der Deutschen demokratischen Partei, so muß man zunächst feststellen, daß die von ihr ausgegebene Lösung kaum um Haarsbreite von der Regierungserklärung abweicht, ja daß man förmlich Haarspalterei treiben muß, um auf den Unterschied zu kommen. Und so bleibt hier erst recht nichts anderes übrig, als anzunehmen, daß die demokratische Partei es für notwendig erachtet habe, einmal den Vorwurf zu widerlegen, daß

sie nichts als eine Willkürerin der Sozialdemokratie sei. Aber wenn auch die Demokraten die Unbankbarkeit der ihr durch die Verhältnisse aufgezwungenen politischen Rolle seit langem recht empfindlich am eigenen Leibe verspüren, so kann man das höchstens als mildernden Umstand geltend machen; eine Rechtfertigung ist es nicht. (Man darf allerdings nicht vergessen, daß die Demokraten bei der entscheidenden Abstimmung ihre Stimmen offen für den Reichskanzler abgegeben haben; vgl. Bd.)

Eine ruhige und sachliche Prüfung der Lage muß zweifellos zu dem Ergebnis führen, daß es eben nur zwei Wege gab: Den Weg des Widerstandes mit allen seinen Konsequenzen, die insbesondere für das unglückliche Oberschlesien selbst geradezu verhängnisvoll sein müßten, weil unsere abgetrennten Volksgenossen und all die ungeheuer wertvollen Stätten deutscher Arbeit der Willkür und Rache des Polentums überantwortet worden wären, und den Weg des Nachgebens unter gleichzeitiger nachdrücklichster Rechtsverwahrung. Aber diese Rechtsverwahrung ist es sehr leicht zu spötteln, denn wir haben sie schon oft ausgesprochen und immer tauben Ohren gepredigt. Aber man wird zugeben müssen, daß die Note, die der deutsche Volkshäupter in Paris am Tage nach der Reichstagsitzung und damit am letzten Tage der uns gestellten Frist übergeben hat, den deutschen Standpunkt ernst und würdig wahr hat und die notgedrungenen Teilnahme an den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen in ein Licht setzt, das diesem oder jenem Staatsmann der Entente vielleicht doch in die Augen fallen wird, jedenfalls aber die neutrale Welt darüber aufklärt, daß das ganze deutsche Volk den vom Obersten Rat übernommenen und in ein Diktat verwandelten Genfer Spruch als schände Vergewaltigung und als Bruch des Friedensvertrages empfindet. Und was sollte man anderes tun? Eine bittere Notwendigkeit, aber eine Notwendigkeit! Wenn nur die mindeste Aussicht vorhanden gewesen wäre, daß ein Nein, wie es sicherlich auf Millionen Lippen gebrannt hat, zu irgend einem Erfolge führen könnte, so hätte man es sprechen mögen und vielleicht sprechen müssen. Aber eine solche Aussicht bestand nicht, und deshalb durfte es ein Staatsmann, der sich seiner Verantwortung bewußt war, nicht sprechen.

Als die Verhandlungen über die Erweiterung der Koalition zu versagen und zu versanden drohten, während die Lage gefährlich eine aktionsfähige Regierung forderte, hat der Reichspräsident mit tatkräftiger Hand eingegriffen und den bisherigen Reichskanzler um die Neubildung der Regierung gebeten. Als dann auch die Bemühungen Dr. Bircks auf große Schwierigkeiten stießen, die sowohl die Verbreiterung wie die Aufrechterhaltung der bisherigen Koalition verhindern, hat er den durch den Ernst der Stunde gebotenen Entschluß gefaßt u. einer formell „Koalitionlos“, Regierung, eine „Regierung der Männer“ geschaffen. Wie der Verlauf der Reichstagsitzung zeigt, ist dieser Versuch geglückt, und die augenblicklich brennende Frage ist gelöst. Aber das wichtige Wiederaufbauminstertium ist noch offen, und es geht selbstverständlich auf die Dauer nicht an, daß die auswärtigen Geschäfte des Reiches und das Reichsfinanzministerium im Nebenannt geführt werden. Außerdem verlangt die Lösung der Steuerprobleme unbedingt eine starke u. fest geschlossene Regierungsmehrheit. So darf man hoffen und wünschen, wenn die erste Aufregung sich gelegt hat, die ruhige Überlegung in allen beteiligten Kreisen wiedergekehrt ist, die Notwendigkeit einer Verbreiterung der Regierungsgrundlage sich doch noch durchsetzen werde.

#### Die Karlsruher Rede des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Birck hielt gestern abend in einer vom Zentrum einberufenen, aber auch von vielen Mitgliedern anderer Parteien besuchten Versammlung im großen Festsaal der Karlsruher Hofbuchdruckerei eine bedeutende Rede über die politische Lage. Der Kanzler legte in seinen Ausführungen, die einen tiefen und nachhaltigen Eindruck hervorriefen, nochmals die großen, im Sinne der Einigung und des positiven Aufbaus gehaltenen Richtlinien seiner Politik dar, als deren Ziel er u. a. jenen Bund der Mitte bezeichnete, der schon in der Nationalversammlung das Zusammenarbeiten von Arbeit und Besitz ermöglicht habe. Die breite Koalition der Mitte, von Scheidemann bis Stresemann, ist und bleibt ihm erstrebenswert. Mit besonderem Nachdruck behandelte er weiter die ober-schlesische Frage und die durch den Spruch von Genf geschaffene außenpolitische Situation, wobei er unter Betonung des Erfüllungswillens Deutschlands auf die durch den Raub der wichtigen deutschen Produktionsstätten verursachte Verminderung der deutschen Leistungsfähigkeit für die Reparationszwecke hinwies und der Welt nochmals die Gefahren

und die Sinnlosigkeit der zum Ruin der Weltwirtschaft führenden Katastrophentaktik der Entente vor Augen führte. Die Vereinigung der arbeitenden und produktiven Kräfte der Welt allein könne der Welt den wahren wirtschaftlichen Frieden bringen. Bis dahin aber sei auch bei uns die Zusammenfassung aller, die Arbeit leisten, notwendig, um den praktischen Versuch der Erfüllung durchzuführen. Sympathische Worte hatte der Reichskanzler für die große und klare Linie der badischen Politik, die in mancher Beziehung beispielgebend für die Konsequenz der Politik sei und dem Lande drei Jahre lang über alle Schwierigkeiten hinweghelfe. Der Not der Festangestellten, Beamten, Kleinrentner und Invaliden will der Reichskanzler tatkräftig steuern, ebenso will seine Regierung den Kampf gegen den Wucher aufnehmen, in der sicheren Erwartung, daß man ihr nicht in den Rücken fällt.

Das nach vielen Tausenden zählende Publikum (zahlreiche Besucher konnten, da der große Saal bis auf den letzten Platz besetzt war, keinen Einlaß mehr finden) lauschte den bedeutungsvollen Ausführungen des Kanzlers mit gespanntem Interesse und begleitete sie vielfach mit spontanem, lauten Beifall, der sich beim Schluß der eindrucksvollen Rede noch steigerte. Wägen die Worte des Kanzlers auch im Auslande gehört und gewürdigt werden!

Wir geben im Nachstehenden die Ausführungen des Reichskanzlers in ausführlicherer Fassung wieder. Der Redner sagte: Jeder leitende Staatsmann müsse die Gelegenheit ergreifen, mit dem Volke, aus dem er hervorgewachsen sei, in Verbindung zu treten. Die Stunde sei ernst, aber rückwärts schauen dürfe er sagen, er habe ein gutes Gewissen. Wir im Zentrum, so betonte der Reichskanzler, werden die Verantwortung immer übernehmen, auch dann, wenn wir parteipolitisch in der Regierung fürs Vaterland vor undankbare Aufgaben gestellt werden. Das Ziel des Kabinetts Birck ist gewesen: 1. Die Wiedererwerbung von soviel moralischem Kapital, daß nicht nur mit negativen Mitteln, mit dem Mittel des Protektivs, sondern positiv die Zurückführung der Leistungsverpflichtungen Deutschlands auf ein für Deutschlands Produktionsfähigkeit und für das Produktionsbedürfnis des Auslands erträgliches Maß durchgeführt werden könne, und 2. demgemäß vorbehaltlose Loyalität in der Anstrengung, die Außerke zu leisten in der Erfüllung von Zusicherungen, die Deutschland zu unterzeichnen gezwungen wurde.

Beispielgebend für die Konsequenz der Politik könne in mancher Beziehung die große Linie der badischen Politik sein. Baden hat sich von vornherein klar und deutlich erklärt für den demokratischen Staat und ebenso bestimmt gegen jede Form innerpolitischer Wirren, gegen die Diktatur von jeder Seite. Diese klare Politik hat dem Lande drei Jahre lang über alle Schwierigkeiten hinweggeholfen, es habe ein geordnetes Staatswesen und geordnete Finanzen

Anknüpfend an ein Flugblatt eines „deutschnationalen Nationalauschusses“, welches sich auf den Kapit beziehe, wies der Kanzler auf die klare Stellungnahme Benedikts des XV. gegen die Gewaltpolitik während des Krieges hin.

Das politische Ziel des Kanzlers sei jener Bund der Mitte, der schon in der Nationalversammlung das Zusammenarbeiten von Arbeit und Besitz ermöglicht habe. Es gelte, diese Hände, die sich gefunden, nicht gewaltsam zu trennen, nicht zerstückeln, sondern zusammenzuführen und aufbauen, sei die Aufgabe. Die Katastrophentaktik habe er immer verurteilt und werde sie verurteilen, er werde festhalten an dem Wege friedlicher, demokratischer Entwicklung, wie auch an dem Gedanken der Gerechtigkeit und der Völkerverständigung. Ob diese Gedanken von heute auf morgen durchdringen, erklärte der Kanzler, wissen wir nicht, aber was den Abbau des Hasses anlangt, war unsere Politik nicht vergebens.

Die Politik der mittleren Linie, der wir seit Weimar folgten, beherrschte auch die Politik der letzten Tage. Ich stand an den Anfängen jener Bestrebungen nach einer breiten Koalition der Mitte, von Scheidemann zu Stresemann. Es war ein schönes Ziel, und es war erreichbar. Die Grundlagen waren im wesentlichen schriftlich fixiert. Es hat immer geheißen, erst müsse der Kanzler gehen. Es ist merkwürdig, daß dieser Bund, der erstrebenswert ist und bleibt, nicht zustande kam als des Vaterlandes Not am höchsten war. Ich war nicht das Hindernis. Ich habe erklärt, wenn dies der Fall sei, dann solle ein anderer an die Stelle treten. Allein der Zeiger der Stunde für den Freistablauf rückte vor und keine Annäherung der Geister kam zustande. Das politische Chaos dümmerte herauf. Das war das Ergebnis der langen Besprechungen. Schließlich erging der Ruf des Reichspräsidenten wieder an mich. Ich hatte nicht Parteien, sondern Männer befragt, die dann mit mir vor den Reichstag getreten sind und wir haben eine überraschende große Mehrheit erhalten. Es ist schmerzhaft gewesen, von manchem Abschied zu nehmen. Ich habe im Reichstag erklärt: Das Wiederaufbauminstertium steht offen. Nur enger Parteiloyalität konnte die Türe schließen für den Mann, dem wir so vieles verdanken, in der Anknüpfung mit dem Auslande. Ich habe mich gefreut, wie Dr. Rathenau sich gestern Abend in Mannheim ausgesprochen hat.

Das wichtigste ist: Wie gewinnen wir alle diejenigen wieder, deren Geist und Herz unbedingt notwendig ist zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Der Kanzler wies dann noch auf die innere Geschlossenheit der Zentrumsfraktion hin, die sich belundet habe, als er die Kabinettsbildung übernommen habe und ging dann zu der Besprechung der ober-schlesischen Frage über.

Das letzte Kind in Oberschlesien weiß, daß die Lösung der ober-schlesischen Frage der Gerechtigkeit ins Gesicht schlägt. Deutsche Städte, teilweise mit fast 90 Prozent deutscher Bevölkerung, fallen in polnische Hand. Wo bleibt das große Wort, daß Völker nicht wie Schachfiguren verschoben werden dürfen?

Der Führer des ober-schlesischen Zentrums, Herr Dr. Dittus, hat es ausgesprochen, man werde das Gefühl nicht los, daß Ober-schlesien veräußert worden sei. Mit Aufgebot aller Dialektik habe man in Paris über die Teilbarkeit des Industriegebiets gestritten. Das Wort vom fair play ist gefallen. Was ist in Genf vorgegangen? Man hat sich in Paris für die Anrufung des Völkerbundes entschieden. Es wäre zulässig gewesen, sein Gutachten einzuholen, nicht aber durfte man sich von vornherein auf die Entscheidung des Völkerbundes festlegen. Den größten Interessentkämpfen war damit Tor und Tür geöffnet. In Genf war das politische Motiv leitend, dem deutschen Volke die Lebensmöglichkeiten zu verengen. Warum hat man nach der politischen Grenzziehung die wirtschaftliche Einheit wieder herbeiführen wollen? Doch wohl nur aus dem Grunde, weil man zugeben muß, daß die Grenzziehung dem Friedensvertrage nicht entspricht. Die Grundlagen für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Einheit sollen ebenfalls im Widerspruch zum Vertrag nicht durch freie Vereinbarungen, sondern durch Diktat geschaffen werden. Die Wegnahme der großen ober-schlesischen Produktionsstätten, die wir vor aller Welt als einen Raub bezeichnen, hat die deutsche Produktionsfähigkeit auf das empfindlichste berührt. Man nimmt uns die Goldwerte, ohne zugleich anzuerkennen, daß dies die deutsche Leistungsfähigkeit verringert. Der Versailler Vertrag ist der Dezentimeter der europäischen Zerstörungspolitik. Er ist ein Instrument der Vernichtung, nicht des Wiederaufbaues, aber unter seinen vielen Paragraphen ist einer der Deutschland das Recht gibt, von Zeit zu Zeit seine Leistungsfähigkeit nachprüfen zu lassen. Darin liegt die Grundlage, auf der die Welt einsehen muß, daß man einem Volke nicht widerrechtlich Freies lebendiges Fleisch vom Leibe reißen und gleichzeitig verlangen kann, daß es ungeheuerliche Lasten noch durch Jahrzehnte, durch Generationen weiter schleppen soll. Dieses Dokument muß ein Gemeingut des deutschen Volkes werden.

Der Kanzler verlas das Schriftstück und fuhr fort: Diese Verwahrung kann heute im Bunde verhallen, aber die Geschichte wird ihr zum Rechte verhelfen. Ich habe vor aller Welt gemahnt, nicht drüben im Osten ein zweites Elsaß-Lothringen zu schaffen, nicht einen verwesten Leichnam zwischen uns und Polen zu legen. Wir können dem polnischen Volke keine Staatlichkeit; aber nicht die Alliierten, sondern die im Osten begraben liegenden Hunderttausende deutscher Soldaten haben ihm die Freiheit vom russischen Joch gebracht. In Breslau, in Bremen, erhob ich meine warnende Stimme, in Eisen, an der Stätte der schaffenden Arbeit habe ich vor aller Welt gewarnt; aber Polen und Frankreich hatten es anders beschlossen und andere Mächte haben sich zu schwach gezeigt, um dieser Politik der Verleumdung Europas Einhalt zu gebieten. Wollte Gott, daß die einzuleitenden Verhandlungen dazu beitragen, das härteste abzuwenden! Ist es nicht ein verhängnisvoller Wahn der polnischen Machthaber, ihr Volk auf allen Seiten mit Feinden zu umgeben. Wehe denen, die diese Saat gesät haben, wenn sie nicht dazu übergehen, andere Lähnen zu ernteten. Es ist in dieser Stunde am Platze, an die Worte zu erinnern, die in der französischen Nationalversammlung in Bordeaux im Jahre 1871 zum Abschiede von Elsaß-Lothringen gesprochen wurden sind.

Wenn man nun angesichts der ober-schlesischen Entscheidung fragt, was hat unsere ganze Politik genügt, so darf ich erwidern, daß sie doch keineswegs völlig erfolglos gewesen ist. Diese Politik wurde begonnen unter dem Kabinett Scheidemann-Brodorf-Rangau. Der Ministerpräsident Briand hat am 26. Oktober daran erinnert, daß Ober-schlesien ursprünglich vollständig an Polen kommen sollte und daß damals das französische Ministerium die Teilung nach Maßgabe der Abmachung zugestanden habe. In jedem Dinge haben wir seitdem versucht, die Linie der Teilung soweit wie möglich zurückzubringen. Das wäre nicht erreicht worden, wenn wir eine Katastrophepolitik begonnen hätten. Die Rede Briands beweist auch in einem weiteren Punkte, daß die Ziele Frankreichs ursprünglich weiter gesteckt waren, daß es nachgeben mußte in der Frage der Einheit Deutschlands. Diese Einheit haben wir uns gerettet, wenn wir auch viel verloren haben. Ich erinnere, daß ich hier an dieser Stelle schon in den Revolutionszeiten vor Tausenden ausgesprochen habe: Die Einheit des Vaterlandes über alles! An die Stelle des verloren gegangenen dynastischen Bundes ist in der neuen Verfassung der freie Bund der deutschen Stämme getreten. Es gibt Kreise, die allerdings andere Wege gehen wollen. Dr. Heim hat die Postkennung Bayerns vom Reiche seinerzeit in einem Artikel des „Bayerischen Kurier“ verlangt. Für diesen Gedanken haben wir kein Verständnis. Seltet die Augen offen! Dient dem Staate nicht nur äußerlich, sondern mit ganzem Herzen, denn es ist Euer Staat, es ist Euer Heimat, die wir retten und einer glücklicheren Zukunft entgegenführen wollen.

Diese bessere Zukunft kann nicht nur für uns, sondern für die ganze Welt nur heraufgeführt werden, wenn sich das Verständnis für die Zusammenhänge der Weltwirtschaft Bahn bricht. Die ganze Welt eilt mit Riesenschritten einer wirtschaftlichen Katastrophe zu, wenn es nicht gelingt, die Kenner der Wirtschaft in kürzester Frist aus allen Ländern zusammen zu bringen und durch gemeinsame Maßnahmen die Weltkrise abzuwenden. Wir sind bereit, insbesondere das deutsche arbeitende Volk, mit allen Völkern der Erde in friedlichem Wettbewerb wieder zusammen zu arbeiten. Aber Deutschland wird infolge der Entwertung der Mark durch die Reparationszahlungen von Tag zu Tag tiefer in die Unfähigkeit als Käufer auf dem Weltmarkt zu erscheinen, hinabgestoßen. Wenn es schon politisch unmöglich ist, ein 60 Millionenvolk auszuschalten, so ist es wirtschaftlich fast noch verhängnisvoller, es vom Weltwirtschaftsamt fernzuhalten. Am 16. August wurde die Zahl der Arbeitslosen in Amerika auf nahezu 6 Millionen geschätzt, die in England auf 2 Millionen. Der Verlust der englischen Volkswirtschaft an Arbeitswert wurde im Jahre auf 310 Millionen Pfund, d. h. über 6 Milliarden Goldmark geschätzt. Millionen von Arbeitern der ganzen Welt müssen feiern, damit Deutschland durch Export von Waren die nötigen Devisen zur Reparationsleistung für die Alliierten aufbringen kann. Kann die Phrase: Deutschland muß, und kann zahlen! den Zusammenbruch des Weltmarktes verhindern? Nein! Nehmen wir einmal an, Deutschland könnte die ungeheueren Goldzahlungen des Ultimatums tatsächlich aufbringen, so wäre die Konsequenz der völlige Zusammenbruch des Weltmarktes. Ich erinnere daran, daß ich bei der Annahme des Ultimatums feierlich zum Ausdruck gebracht habe, daß die Verantwortung für die weltwirtschaftlichen Folgen des Ultimatums bei der Gegenseite liegt.

Wenn wir heute unser Budget in Ordnung bringen wollen, so müssen wir uns fragen, kann der Kontributionsetat überhaupt noch durch steuerliche Maßnahmen gedeckt werden, wenn der Dollar auf 150 gestiegen ist? Die Erkenntnis für diese Dinge wird und muß sich Bahn brechen.

Die ungeheuren Gefahren der Weltkrise müssen uns um so mehr einig und geschlossen finden. Die Vereinigung der arbeitenden und produktiven Kräfte aller Völker kann allein der Welt den wahren wirtschaftlichen Frieden bringen. Bis dahin ist auch bei uns die Zusammenfassung Aller, die Arbeit leisten, sei es körperliche oder geistige Arbeit, notwendig, um den

praktischen Versuch der Erfüllung durchzuführen. Sie alle müssen mithelfen, die Staatsautorität zu stützen. Eine Welle des Wunders geht durch das deutsche Volk, aber je mehr die Staatsautorität angegriffen wird, je mehr sich politische Parteien vor der Verantwortung scheuen, desto größer wird die Ausbeutung des arbeitenden Volkes. Das Gebot der Stunde ist die Zusammenfassung von Besitz und Arbeit in jenem Jahrtausende alten christlichen Geiste der Annäherung aller Klassen und Stände, die uns allein befähigen kann, den vornehmen Weg zur Rettung unseres Volkes zu gehen. In diesem Geiste müssen wir auch unser äußerstes zur Rettung derer tun, die unter der wirtschaftlichen Not zu erliegen drohen. Während auf der einen Seite es zu den dringendsten Aufgaben der neuen Regierung gehören wird, der Geldentwertung durch eine grundlegende Neuordnung der Gehälter der Festangestellten und Beamten Rechnung zu tragen, muß auch auf schnellste alles getan werden, um dem ungeheueren Elend der Kleinrentner und der Inaktiven zu steuern. Die neue Regierung wird auch den Kampf gegen den Wucher aufnehmen in der sicheren Erwartung, daß man ihr nicht in den Rücken fällt. Geben wir das Beste her an Arbeitskraft zur Rettung des Vaterlandes. Das Opfer ist nicht umsonst gebracht. Wer nicht vergagt, wer mutig zugreift, wer auf Gott vertraut, der wirkt mit am großen Rettungswerk unseres Vaterlandes (Stürmischer langanhaltender Beifall).

## Internationale Wirtschafts- und Finanzprobleme.

Von Dr. Klaus Buchmann-Darmstadt.

(Fortsetzung.)

### Gegenwart und Zukunft der Weltwirtschaft.

#### Das deutsche Problem.

Die Kauf- und Kapitalkraft Deutschlands liegt darnieder, die allgemeine Verarmung nimmt zu. Darüber dürfen die gewaltigen Summen von Geld und Kredit, die in Sachgüter umgesetzt werden, nicht hinwegtäuschen, denn hier handelt es sich um Plünder vor dem Papiergeld. Auch die fortgesetzten Kapitalerhöhungen der großen wirtschaftlichen Unternehmungen widerlegen die obige Behauptung nicht, wird doch durch sie fast durchweg nur der Umwertung der Werte Rechnung getragen. Wie es um uns bestellt ist, wie arm wir geworden sind, wie sehr sich der Weltmarkt verteuert hat und wie wenig wir im Vergleich mit der Zeit vor dem Kriege uns heute draußen kaufen können, beweist die Statistik. Während Deutschland im Durchschnitt der Jahre 1911/13 an Mengen rund 70,7 Millionen Tonnen einführte und diese mit durchschnittlich 10,39 Milliarden Goldmark bezahlte, führte es im Jahre 1919 nur noch 9,9 Millionen Tonnen für 6,8 Milliarden Goldmark bzw. 32,7 Milliarden Papiermark ein, im ersten Halbjahr 1921 dagegen 8,4 Millionen Tonnen für 4,1 Milliarden Goldmark bzw. 60 Milliarden Papiermark. Auf's Jahr gerechnet und bei Annahme gleich gebliebener Verhältnisse hätte also Deutschland 1921 nur 16,8 Millionen Tonnen eingeführt, gegen 70,7 im Jahre 1913, dafür aber vier Fünftel dessen an Gold bezahlen müssen, was 1913 die mehr als viermal größere Menge kostete. Auf der anderen Seite zeigt die Ausfuhrstatistik ein ähnlich unerfreuliches Bild. Vor dem Kriege war es uns gelungen, durch billige und trotzdem gute Ware die ausländische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, unsere Waren von Jahr zu Jahr zu steigern. Der Krieg vernichtete den deutschen Außenhandel, wir mußten nachher so gut wie von vorne anfangen. Derge von Hindernissen traten uns in den Weg. Es sei nur erinnert an den Verlust unserer Handelsflotte, an das unzulängliche Eisenbahnmateriale, den Rohstoff- und Kohlenmangel, die Umwälzung im Innern, die Absperrung des Auslandes durch Einfuhrverbote und Prohibitivzölle, die Ausfuhrabgaben und schließlich die Sanktionen. Dennoch gelang es schon bald, unsere Wirtschaft wieder leidlich in Ordnung zu bringen. Warenabfuhr auch draußen zu gewinnen. Hierbei kam uns der niedrige Stand der deutschen Valuta ebenso sehr zugustatten wie der ungeheure Weltbedarf. Desgleichen war der Umstand für uns von Vorteil, daß die Preise des Auslandes bis heute noch wesentlich über den Inlandspreisen liegen. Leider trat aber nach einer Periode langsamen, stetigen Aufstieges schon wieder ein Rückschlag ein. Unsere Ausfuhr, die im ganzen Jahre 1920 einen Wert von 60 Milliarden Papiermark oder etwa 4,5 Milliarden Goldmark (gegen 10,2 im Jahre 1913) erreichte, sank von 17,6 Millionen Doppelzentnern im Werte von 7,8 Milliarden Papiermark im letzten Dezember auf 11,45 Millionen Doppelzentner bzw. 4,56 Milliarden Papiermark im Monat Mai, 15,09 Millionen Doppelzentner bzw. 5,47 Milliarden im Monat Juni. Nicht viel weniger fiel die Einfuhr, nämlich von 20,1 Millionen Doppelztr. im Dez. auf 15,34 Millionen Doppelztr. im Werte von 5,49 Milliarden Papiermark im Mai, 18,24 Millionen Doppelzentner im Werte von 6,41 Milliarden im Juni. Aber den derzeitigen Stand der Dinge liegt amtliches Zahlenmaterial noch nicht vor. Das Auslandsgeschäft der deutschen Eisenindustrie scheint zu befriedigen, auch hört man von der Neubelebung des Geschäftsganges einzelner anderer Industrien, woraus sich freilich noch keine allgemeinen Schlüsse ziehen lassen. Doch darf als sicher gelten, daß die diesjährige deutsche Ausfuhr diejenige des Vorjahres nicht unerheblich übersteigen wird. Der vielgenannte englische Volkswirt, Professor Keynes, schätzt sie, weil der jetzige Goldpreis gegen den früheren nur noch zwei Drittel betrage, mit nicht mehr als 6 Goldmilliarden ein. Er wirft dabei selbst die Frage auf, ob Deutschland wirklich imstande sei, hiervon 3 1/2 Milliarden und obendrein die Bekleidungskosten den Verbündeten zu zahlen, so daß ihm selbst nur 2 1/2 Milliarden verbleiben. Das deutsche Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung berechnet rechnet Keynes auf 5000 Papiermark, insgesamt also auf 300 Milliarden; auf dieser Grundlage würden die Wiederherstellungskosten des viernten Teils davon ausmachen. In Wirklichkeit sieht alles noch viel schlimmer aus, denn nach den Berechnungen des Reichsfinanzministers für 1920 beträgt das deutsche Gesamteinkommen nur 140 Papiermilliarden, während unsere Zahlungsverpflichtungen an das Ausland über die oben genannten Beträge gewaltig hinausgehen. Die von Keynes aufgemachte Gegenrechnung für den ungünstigsten Fall, monach gut zwei Drittel des jetzigen deutschen Einkommens für die Entschädigungen beansprucht werden, dürfte der Wirklichkeit viel näher kommen. Damit ist natürlich unser Ruin besiegelt. Wir werden zusammenbrechen, unsere Zahlungen einstellen müssen und auch als Käufer auf dem Weltmarkt ausfallen, zum Schaden aller der Länder, die auf den Absatz ihrer Waren nach Deutschland und Mitteleuropa nicht verzichten können. Dann ist die Weltkrise in ihrer größten Auswirkung da.

#### Meinungen und Möglichkeiten.

Um Deutschland vor dem Untergang und Europa vor einer Wirtschaftskatastrophe unerhörten Umfangs zu bewahren, scheinen sich verschiedene mehr oder weniger gangbare Wege darzubieten. Der zunächstliegende wäre der, daß die Siegerstaaten ihre Gesamtforderungen an uns erheblich herabsetzen, daneben und zum mindesten die Zahlungsbedingungen mildern und uns trotzdem die Möglichkeit lassen, durch Steigerung unserer Produktion und Ausfuhr neben der Exportzinsicherung auch die geschuldeten Tribute aufzubringen. Hier aber stoßen schon gleich die Interessengegensätze aufeinander. Zu einem teilweisen Nachlaß der Gesamtschuld oder zu einer Herabsetzung der Jahresquoten können sich unsere Gläubiger schlecht verstehen, solange sie selbst unter einer erdrückenden Schuldlast seufzen. Dann aber bleibt Deutschland, das vor dem Kriege den Verbrauch der Welt mit einem Zehntel deckte, nichts anderes übrig, als diesen Anteil unter Aufbietung seiner letzten Kräfte zu vervielfachen, d. h. den fremden Wettbewerb in der gleichen Höhe auszufallen. Es müßte, wie Edgar Crammond, einer der angesehensten Fachleute Londons, befürchtet, unbekümmert um die Marktlage jeden Wettbewerbers unterbieten und dadurch die Weltwirtschaft vollends aus dem Gleichgewicht bringen. Insbesondere könne Englands wirtschaftliche Lage sich nicht verbessern, bevor diejenige Deutschlands in Europa wieder hergestellt sei. Crammond ist deshalb zu der Überzeugung gelangt, daß die von Deutschland zu zahlende Summe sehr viel kleiner sein müsse, als sie im Londoner Ultimatum niedergelegt ist. Eine andere Meinung vertritt der frühere englische Schatzkanzler McKenna. Nach ihm ist Deutschland, bei Herabsetzung der Lebenshaltung im Arbeiterstande, wohl befähigt, allen seinen Verpflichtungen zu genügen, denn nicht nur die sichtbare Ausfuhr sei entscheidend, sondern auch die „unsichtbare“. Es könnte bezahlet, durch seine Gewinne an der Schifffahrt, am internationalen Bankwesen und am Versicherungswesen. Allerdings laufe Englands Handel Gefahr, durch den notwendig werdenden deutschen Wettbewerb schwer in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Um das zu verhüten und doch etwas aus Deutschland herauszubekommen, müßte man von ihm fordern, daß es nach England, Frankreich und den übrigen Verbrauchsländern, je nach deren Bedarf, Güter wie Kohle, Holz, Kautschuk und Zucker sende, die es allein in großen Mengen erzeuge. Dadurch würden viel deutsches Kapital und Arbeit aus ihrem natürlichen Gewerbe herausgezogen, auch sei dann nicht zu befürchten, daß die Löhne in Deutschland unter dem Druck von außen her auf einen Punkt herabsinken, der einen erfolgreichen Wettbewerb mit England im Außenhandel sichere. Diese Lösung des Problems ist jedoch überhaupt keine, von Pflichtleistungen allein, von Arbeit und Ausfuhr, die nichts einbringen, kann das deutsche Volk nicht leben. Nur eine einschneidende und großzügige Weltwirtschaftspolitik mit dem Leitmotiv „Leben und Leben lassen!“ kommt heute in Betracht. Für nationalen Egoismus ist wenig Raum, nicht gegen, sondern miteinander müssen die Völker aus Wert gehen. Weil sich alles, namentlich zwischen England, Deutschland und Amerika, letzten Endes um den Weltmarkt dreht, wäre vielleicht der Gedanke erwägenswert, die Welt für den Handel bis zu einem gewissen Grade aufzuteilen, eine internationale Arbeitsteilung, ein Welthandelskartell zu schaffen. Am besten und sichersten kämen aber die Völker, die Feindschaften u. Drangsalierungen zur Ruhe, das Valuta-Elend zum Aufhören und damit die Weltwirtschaft wieder in Ordnung, wenn, was Professor Keynes überzeugend empfiehlt, die Vereinigten Staaten von Amerika sich einschließen könnten, das in ihren Händen befindliche große Kriegsschuldensystem zu zerreißen und den europäischen Alliierten die Rückzahlung aller ihnen vorgestrichenen Gelder zu erlassen, jedoch unter der Bedingung, daß dann auch die den Besiegten aufgebürdeten Schulden auf ein tragbares Maß zurückgeführt werden. Auch andere Stimmen reden schon der Streichung aller Kriegsschulden das Wort. Der Franzose Lafontaine machte auf der letzten Genfer Tagung den Vorschlag, daß alle Kriegsanleihen vom Völkerbund übernommen werden sollten. Der schweizerische Volkswirt Professor G. Cassel tritt für die Errichtung eines internationalen Valuta-Ausschusses sowie für die Wiederherstellung der Goldwährung in den meisten Ländern ein; der Bekanntheit des Kopenhagener „Finanzstündens“, Karl Thabitzer, ebenfalls ein Nationalökonom von internationalem Ruf, plädiert für eine Bank der Liga der Nationen und für Liga-Obligationen als neue Umlaufmittel, und der frühere Generaldirektor der italienischen Handelsbank Sabaun beschränkt sich zur Lösung der internationalen Weltwirtschaft ein vom Völkerbund einzurichtendes internationales Clearinghaus (Verrechnungshaus), dem geteilt die Abwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs als Monopol zufiele. Neuerdings ist, namentlich in Österreich, von sogenannten „Reulen-Bonds“ viel die Rede. Der Plan des niederländischen Bankiers ter Meulen geht dahin, kreditwürdigen Staaten gegen dingliche Sicherheit Kredite in der Form zu gewähren, daß diese Sicherheiten, deren Wert in Gold abgeschätzt wird, dem Völkerbund-Romitee zu treuen Händen übergeben werden. Der Goldwert bildet die Grundlage für die Ausgabe von Bonds, die wiederum als Umlaufmittel dienen für Waren- und Lebensmittelfreite. Aber die Einzelheiten bestehen noch viel Unklarheit. Vielleicht darf aber gerade im Anschluß hieran noch auf eine weitere Möglichkeit hingewiesen werden, nämlich die, daß ein besonderer Wirtschaftlicher Völkerbund sich bildet und die Samierung Europas übernimmt, indem er zunächst einmal den Güteraus-tausch wieder in Gang bringt. Gelänge das, dann würden auf allen Seiten die Zahlungsfähigkeit und die Festigung der Weltwirtschaft wohl ganz von selbst bald zurückkehren. — Jedenfalls ist zur Beratung und Klärung aller dieser Fragen die Einberufung einer internationalen Konferenz dringendes Gebot. Immer lauter wird diese heute verlangt. Notwendig ist, sprach jüngst der englische Staatsmann Churchill in Dundee, daß die Staatsmänner aller Länder baldigt zusammenkämen, um sich mit dem Problem des internationalen Handels zu befassen. England habe sich erboten, zu verzeihen und alle Schulden zu streichen, durch die ihm europäische Staaten verpflichtet seien, vorausgesetzt, daß es von der geringen Schuld befreit werde, die es für seine Verbündeten bei den Vereinigten Staaten aufgenommen habe. Es würde zum Vorteil der Welt sein, wenn alle internationalen Verpflichtungen, die aus dem Krieg entstanden, von neuem auf praktische Verhältnisse herabgesetzt und in eine Gruppe für sich gestellt würden. Notwendig sei jedenfalls ein Mittelbezug von internationaler Währung, das von Kriegsverpflichtungen ganz unbeeinträchtigt sein und den internationalen Handel während der Zeit der Gesundung auf einer natürlichen und normalen Grundlage sichern würde. Zunächst müßten England, Frankreich und Deutschland zusammenwirken, um die Währungsfrage Europas wieder aufzubauen. Man sieht also: Der nunst fängt wieder an zu sprechen, und Hoffnung wieder an zu blühen.

(Schluß folgt.)

# Badische Wochenrückblicke.

Wegen den wilden Aufkauf.

Im Interesse der gesamten einheimischen Bevölkerung haben die Detaillistenvereine in Karlsruhe angebotenen Geschäfte vereinbart, bis zum Inkrafttreten der Sonderaufschläge in Anrechnung gebracht, deren Höhe von Fall zu Fall festzusetzen ist. Das Publikum wurde dringend gebeten, diese vom Allgemeinwohl getragenen Maßnahmen durch eigene Einsicht unterstützen zu wollen.

1. Die Abgabe von Artikeln des täglichen Bedarfs erfolgt allgemein nur noch in beschränkter, dem offensichtlich sofortigen Gebrauch dienenden Mengen, 2. bei Verkäufen an Ausländer werden Sonderaufschläge in Anrechnung gebracht, deren Höhe von Fall zu Fall festzusetzen ist. Das Publikum wurde dringend gebeten, diese vom Allgemeinwohl getragenen Maßnahmen durch eigene Einsicht unterstützen zu wollen.

Dieser Schritt der Karlsruher Detaillistenvereine, der sowohl im Interesse der Geschäftswelt selbst, wie in dem der Konsumenten liegt, ist gewiß zu begrüßen. Leider kommt er ziemlich spät, nachdem zahlreiche Geschäfte in den letzten Wochen ihre Kundschaft immer wieder und zwar unter dem nachdrücklichen Hinweis auf die bevorstehende Preissteigerung infolge der Währungsverschlechterung, der neuen Höhe usw., aufforderten, sich ja rechtzeitig mit Wintervorräten aller Art einzudecken. Der kaufkräftige Teil des Publikums hat diese Mahnung nach Kräften befolgt. Rentnerweise wurden Lebensmittel jeder Art, wie Mehl, Fett, Zucker, Öl, Reis u. dgl., eingekauft; ja, wo es nur ging, waren manche Konsumenten auf der Handwerkerfahrt von einem Geschäft zum anderen mit der Folge, daß die Preise von einem Tag zum andern hinaufschossen wie nur in den schlimmsten Zeiten des Wunders und des Scheiterns. So kostete beispielsweise Fett vor 8 Tagen noch 84 M. das Kilo, heute muß der Verbraucher 43 M. dafür bezahlen. Der Butterpreis ist seit 8-10 Tagen von 60 M. auf 68 M. das Kilo hinaufgetrieben; ein Ei ist in der Großstadt nicht unter 3 M. bis 3,20 M. (nota bene: dem Wochensatz des Friedenspreises) zu haben. Und so geht es weiter ad infinitum. Der mit genügend Geldmitteln besetzte Reiche konnte sich auf ein Jahr hinaus und länger zu „billigen“ (d. h. wenn auch an sich höherem, doch im Verhältnis zu heute immerhin billigerem) Preise mit Waren eindecken. Der arme Teufel, sei er nun Arbeiter, Beamter, Angestellter oder Rentnempfänger, hat, wenn er am Lohn- oder Gehaltstage kommt, um auch nur das Nötigste einzulaufen, entweder gänzlich das Nachsehen oder er muß die gleiche Ware zu enormem Aufpreis einkaufen. Er ist in der Lage, für ihn, der stets im Nachteil ist, erübrigt sich die Mahnung, von wilden Einkäufen abzusehen. Er ist ohnedies nicht in der Lage, mehr als den dringendsten Tagesbedarf zu decken, in vielen Fällen vermag er selbst das nicht. „Größere“ Anschaffungen, wie etwa die eines neuen Anzuges oder dergl., sind ihm in den meisten Fällen überhaupt nicht möglich, wenn er sich nicht in Schulden stürzen will.

Vermehrter erscheint uns der zweite Teil des Beschlusses, der sich auf die Verkäufe an Ausländer bezieht. Nicht doch auch für unsere mittelbadiischen Städte die Gefahr des Ausverkaufs durch ausländische Währungsbesitzer und näher, nachdem die Schweizer Grenze, das Saargebiet, die Westpfalz und das Rheinland, bereits nach Kräften ausgeplündert sind und sogar in unserer Nachbarstadt Mannheim Fremdlinge aus dem Westen alles zusammenzulaufen begannen, was nicht nicht- und nagelfest ist! Hier kann der Handel viellecht noch rechtzeitig dem Schlimmsten vorbeugen.

Im übrigen aber beweist die von dem Detaillistenverein dargestellte anerkannte Notwendigkeit einer — allerdings nach dem Ermessen der Rabeninshaber vorzunehmenden — Rationierung der täglichen Bedarfsgegenstände erneut, wie recht die Regierung feinerzeit hatte, als sie vor den Folgen einer verfrühten Aufhebung der Zwangswirtschaft für die wichtigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs warnte und wenigstens für gewisse Sicherheiten in der Übergangszeit Sorge trug. Die Entwicklung der Verhältnisse haben gezeigt, wie nichtig es in diesen Tagen mit besonderer Deutlichkeit, wie nichtig die Hoffnungen waren, die man in mancher Hinsicht auf den freien Wettbewerb setzte. So nichtig, daß heute, nachdem die staatliche Zwangswirtschaft endgültig verschunden ist, eine Handelsvereinigung sich gezwungen sieht, ihren Mitgliedern eine Art Zwangswirtschaftsersatz vorzuschlagen, die sich allerdings von der alten Zwangswirtschaft dadurch unterscheidet, daß sie sich nicht auf die Erfassung der Ware beim Produzenten erstreckt, sondern erst bei der Verteilung an die Konsumenten beginnt.

## Buchkritik.

Georg Dehio: Geschichte der deutschen Kunst.

Als vor Jahresfrist der erste Band (Textband und Bilderband) dieses Werkes erschien (Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co. Berlin), haben wir es als ein Standwerk der deutschen Kunstgeschichtsschreibung begrüßt. Ein Meister hat hier einen gewaltigen Stoff zu vollendeter Harmonie gebündelt. Zum ersten Male erhielt vor unserm geistigen Auge das umfassende, groß geschnitten Bild einer Kunst, wie sie nur ganz wenige Völker der Weltgeschichte zu erzeugen vermochten. So gewinnt das Werk geradezu den Charakter einer nationalen Tat. Für uns Deutsche ist es ein Dokument des Stolzes, für das Ausland eine Mahnung, sich nicht an einer Nation zu vergreifen, die so Erhabenes zu vollbringen vermochte.

Nunmehr ist der zweite Band erschienen. Auch diesmal ist ein Textband und je ein Band mit Abbildungen. Es ist im wesentlichen die Kunst der Gotik, die uns hier in unerschöpflichen Reproduktionen und in einer Darstellung von bewundernder Kraft geschildert wird. Dehio hat sich mit langjährigem Verstand in das psychologische Wesen dieser deutschen Gotik eingefühlt, und so ist eine Darstellung zustande gekommen, die wir mit Recht als klassisch bezeichnen können. — Die Ausstattung ist von kaum zu übertreffender Gediegenheit. Auf matt-gelbem Kunstdruckpapier haben sich die zahlreichen Abbildungen (435 Seiten umfassend) außerordentlich wirksam ab. Wir dürfen dem Verlag für diese Gabe von Herzen dankbar sein. Sie wird stets zu den schönsten Bänden einer öffentlichen oder privaten Bibliothek gehören. C. S.

Wäsel in einfachen und edlen Formen. Vorkämpfer zu sein im Kampf um das Schöne und Bedeutsame, ist eine Aufgabe, die immer die Anteilnahme aller der Menschen gefunden hat, die selber das Graue des Alltags mit einem Abglanz der Kunst verschönen möchten. Steht ein solcher Vorkämpfer aber in der allerbesten Weise und sind seine Leistungen auch dem tatsächlichen Effekt nach bahnbrechend und Richtungweisend, so fühlen wir uns von Bewunderung er-

## Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

In Karlsruhe ist, wie bekannt, vor etwa 1 1/2 Jahren eine Gemeinnützige Beschäftigungsstelle G. m. b. H. ins Leben gerufen worden, die den Zweck verfolgte, Arbeitslosen und Erwerbsbeschränkten Gelegenheit zu geben, durch Brennholzverarbeitung und Spahnkorbschlechten ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die dankenswerte Einrichtung hat sich in höchst erfreulicher Weise bewährt. Wie aus einer soeben an den Bürgerausschuß gelangten Vorlage des Stadtrats hervorgeht, in der um Gewährung eines weiteren städtischen Darlehens bis zum Gesamtbetrag von 500 000 M. zur Beschaffung von Rohmaterial usw. für die Beschäftigungsstelle ersucht wird, beträgt der wöchentliche Umsatz im Brennholzbertrieb allein bis 20 000 M. Im Spahnkorbschlechten wurden in der Zeit vom 1. April bis Mitte September für 300 000 M. Körbe angefertigt und umgesetzt. Zur Lieferung für das nächste Frühjahr sind bis heute schon Aufträge in Höhe von über 1 Million M. eingelaufen. Da der Ertrag ausschließlich den in dem Unternehmen beschäftigten Stellenlosen und Erwerbsbeschränkten zugutekommt, läßt sich an Hand dieser Zahlen die soziale Bedeutung der Einrichtung ermessen. Die Erfolge der Karlsruher Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle dürften auch andere Städte ermutigen, dem Gedanken der Gründung ähnlicher Einrichtungen nachzugehen.

## Politische Neuigkeiten.

### Neugestaltung des Besoldungsgesetzes.

Von beteiligter Seite wird dem B. L. B. mitgeteilt: Im Reichsfinanzministerium fanden am 28. und 27. Oktober Verhandlungen über die mögliche Grundlage für die Gehaltsaufbesserung für die Beamten statt. Nach der Auffassung des Reichsfinanzministeriums handelt es sich diesmal nicht ausschließlich um eine Lohnerhöhung, sondern um eine Neugestaltung des Besoldungsgesetzes. Den Vorschlägen der Beamtenvereinigungen stehen Vorschläge des Reichsfinanzministeriums gegenüber. Die Verhandlungen dauerten am Donnerstag bis nachts 1 Uhr, führten aber noch zu keiner Einigung. An der Beratung beteiligten sich die fünf Spitzenverbände, die eine 24gliedrige Verhandlungskommission entsandt haben. Hierzu stellen der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und die Afa, der deutsche Beamtenbund und der deutsche Gewerkschaftsbund je fünf und der Gewerkschaftsjugend zwei Vertreter. Geplant ist, zuerst über die Beamtenforderungen und im Anschluß daran über die Angehörigen großer Beschleunigung zu Ende geführt werden.

### Zum Attentat auf Erhard Auer.

Wie bereits bekannt, wurde auf Erhard Auer, der von einer sog. Parteivorstandschaft in der Dienststadt auf dem Heimweg sich befand, in München ein Mordanschlag verübt. Der Attentäter lauerie hinter einem verschlossenen Friedhofstatter Auer auf und gab auf ihn rasch hintereinander zwei Schüsse ab, ohne ihn aber zu treffen. Auer setzte sich sofort zur Wehr und antwortete mit fünf Pistolenschüssen, ohne aber in der Dunkelheit genau zielen zu können. Eine sofortige Verhaftung des Attentäters war unmöglich, weil die Gittertür des Friedhofs verschlossen war. Bei der Absperrung und Durchsuchung des Friedhofs war der Nordbayer bereits verschwunden; die abgeschossenen Patronenhülsen wurden gefunden.

Dem „Volksfreund“ wird dazu aus München folgendes berichtet: „Der Mordanschlag war planmäßig vorbereitet. Am Dienstag folgten Auer verdächtige Befehle auf Schritt und Tritt. Das ist die Folge der wachsenden Hetze, die von den Reichsbolschewisten gegen die Führer der Münchener Sozialdemokratie wegen der Aufhebung der geheimen Organisationen getrieben wird.“

Das ist der zweite Mordanschlag, der auf Erhard Auer verübt wurde. Im Frühjahr 1919, am Tage der Ermordung von Eisner, gab im Bayerischen Landtag ein Kommunist zahlreiche Schüsse auf Auer ab, durch welche dieser schwer verletzt und zwei Personen getötet wurden. Monatelang kämpfte Auer mit dem Tode, und nur seiner außerordentlich starken Natur ist es zu danken, wenn er damals mit dem Leben davonkam. Mordanschläge sind gegen Auer in den letzten Monaten von seiten der Reichsbolschewisten in immer häufigerer Weise geschehen; daß es den Gesellen damit Ernst war, beweist dieser Mordanschlag.

Vielleicht steht der Mordanschlag auf Auer in Verbindung mit der sichersten Tätigkeit, die die Monarchisten in Bayern und insbesondere in München für die Bekämpfung des verstorbenen ehemaligen Königs treffen. Es wird vermutet, daß

füllt und zögert nicht, einem solchen Manne treue Gefolgschaft zu leisten. Gestalt Alexander der Koch in Darmstadt, der Inhaber der gleichnamigen Verlagsanstalt und Herausgeber der Zeitschriften „Deutsche Kunst und Dekoration“ und „Innenbebauung“, ist ein solcher Mann. In einer Arbeit von vielen Jahren hat er sich um die Verbreitung eines erlebten Geschmacks, um die Pflege und Förderung von Kunst und Kunstgewerbe verdient gemacht, wie nur ganz wenige Zeitgenossen außer ihm.

Um recht tief zu wirken, hat er von jeher darauf Bedacht genommen, neben seinen regelmäßig erscheinenden Zeitschriften auch noch Einzelwerke zu verlegen, die seinen Tendenzen dienen und für sich gefordert den Ruf nach künstlerischer Schönheit erschallen ließen. Die jüngste dieser Publikationen ist das Werk des Architekten Alexander Mantel „Möbel in einfachen und edlen Formen“. Der Titel besagt genug. Hierzig Entwürfe zu Zimmereinrichtungen und Möbelstücken bietet uns das Buch, und eine knapp gehaltene Einleitung gibt die nötigen Fingerzeige. Für den Architekten, Kunstgewerber und Möbelfabrikanten wird das Buch von höchstem Nutzen. Es wird anregen, manche Vorurteile beiseite zu werfen und manche bisher unbenutzte Seite innerdekorations-technischer Arbeit neu beleuchten. Dem Kunstfreund wird es den Genuß ästhetischer Betrachtung vermitteln. Dieser Genuß wird besonders nachhaltig sein, da die Ausstattung wieder ganz vortrefflich ist. C. A. M. D.

Rudolf Goette: Kulturgeschichte der Urgermanen. (Verlag Kurt Schroeder, Bonn.) Ein stattliches Werk von 375 Seiten Umfang, das lebhafter Anerkennung sicher ist. In einem lauderen Stil geschrieben, erschöpft es das Thema ziemlich restlos, indem es eine große Fülle von Quellmaterial und Literatur verarbeitet und kaum eine wissenschaftliche Erscheinung unberücksichtigt läßt. Da der Begriff „Kulturgeschichte“ vom Verfasser weitestgehend aufgefassen wird, kommt auch die politische Geschichte nicht zu kurz. Und so darf man sagen, daß der Zweck Goettes, gebildeten Lesern eine Darstellung vom Verlauf der älteren deutschen Geschichte schlechthin zu bieten, vollkommen erreicht worden ist. Wir empfehlen das gut gedruckte Buch mit allem Nachdruck.

die Weisungsfeierlichkeiten das Signal zu einem monarchistischen Rutsch sein sollen. Die Münchener Arbeiterschaft ist durch ihren sehr guten Nachrichtendienst über die Absichten und Pläne der Rutschisten im allgemeinen sehr gut unterrichtet. Die sozialdemokratischen Zeitungen fordern zur Wachsamkeit auf.

## Kurze polit. Nachrichten.

\* Das Entente-Diktat über Oberschlesien. Die Pariser Abendblätter bestätigen die von einem Morgenblatt gebrachte Information, daß die Vorkonferenz beschlossen habe, der deutschen Regierung eine neue Note zu überreichen mit der Erklärung, daß sie den deutschen Protest über die Regelung der oberschlesischen Angelegenheit als null und nichtig betrachte und in der Ernennung eines Bevollmächtigten zum Abschluß der wirtschaftlichen Abmachungen die völlige und rückhaltlose Anerkennung der Entscheidung des Obersten Rates erblicke.

\* Deutschrumänische in der Tschecho-Slowakei. In Graslitz haben die Deutschen am ersten Mobilmachungstag einen Proteststreik gegen die zwangsweise Einberufung zum Militär veranstaltet. Im Anschluß daran kam es zu blutigen Zusammenstößen mit tschechischen Legionären.

\* Nach österreichischem Rezept. Auf die Anregung eines Abgeordneten im Unterhaus, die Württembergern im Hinblick auf die von Deutschland geltend gemachten Schwierigkeiten, die Reparationszahlungen zu leisten, der deutschen Regierung vorzuschlagen, deutsche Kunstwerke zu verkaufen, versprach Sir Robert Borne, diese Anregung zur Kenntnis der Reparationskommission zu bringen.

## Badische Uebersicht.

### Der Wahltag

zu den badischen Landtagswahlen ist herangekommen, und über die politische Zukunft Badens in den nächsten 4 Jahren wird am morgigen 30. Oktober entschieden. Anders wie früher gestaltet sich nach der neuen badischen Verfassung und nach dem Verhältniswahlrecht die Stellung der Regierung zu den Parteien und der Parteien zur Regierung. Je nach dem Ausfall der Wahlen erfolgt die Bildung der Regierung, weil der Landtag nach der verfassungsmäßigen Bestimmung die Minister zu wählen hat. Schon daraus geht die Wichtigkeit der Wahl hervor. Das Volk selbst bildet sich also durch den Stimmzettel die Regierung, die es wünscht, das sollten die Wähler nicht unbeachtet lassen und deshalb zahlreich an der Wahlurne erscheinen. Im Absatz 2 des § 2 der Verfassung heißt es ausdrücklich: „Träger der Staatsgewalt ist das badische Volk.“ Am morgigen Tag wird nun das Volk aufgerufen, und es darf erwartet werden, daß es von dem ihm von der Verfassung verliehenen wichtigen Recht auch Gebrauch macht.

Es ist doch nicht so, daß der Wähler und Staatsbürger sich um die Vorkommnisse im Staatsleben nicht zu kümmern braucht. Jeder Steuerzettel, jede steuerliche Mahnung belehrt ihn, daß der Staat von dem einzelnen Staatsbürger die Erfüllung bestimmter Pflichten verlangt muß. Anders kann kein Staatswesen bestehen. Wo aber Pflichten sind, hat man auch Rechte zu beanspruchen. Nimmt man sie nicht wahr und wird — knapp ausgedrückt — der Staat in einem Sinne geleitet, daß der einzelne mit seinen Maßnahmen nicht einverstanden ist, dann hat er sich es selbst zuzuschreiben, denn er hat ja die ihm zur Verfügung stehende Gelegenheit, die Regierung nach seinen Wünschen zusammenzusetzen, nicht benützt. Ganz abgesehen davon, daß die Politik eine öffentliche Angelegenheit ist, um die sich jeder kümmern muß. Mag es Leute geben, die von dem „politischen Gezänk“, wie sie es in oberflächlicher Einschätzung nennen, manchmal nicht angenehm berührt sein mögen, ohne öffentliches und politisches Leben kann kein Staat bestehen, ist kein Staat zu leiten.

So werden also morgen die Angelegenheiten des Staates zur Erledigung gestellt. Ein wichtiger Tag! Hoffentlich zeigt er uns, daß das badische Volk in hohem Maße großes Interesse an seinem künftigen Geschick

Fritz Hartung: Deutsche Geschichte von 1870-1914. (Verlag Kurt Schroeder, Bonn.) Das 302 Seiten umfassende Buch unterrichtet in willkommener Weise über die 4 1/2 Jahrzehnte deutscher Geschichte, die dem Weltkrieg vorausgingen. Die Darstellung zeichnet sich durch Übersichtlichkeit und geschickte Verarbeitung des Stoffes aus. Neue Wege der Erkenntnis hat Hartung uns jedoch nicht erschlossen. Ebenfalls wenig hat er sich zu einem Urteilsstandpunkt von wahrhaft weltgeschichtlicher Höhe aufschwingen können. Aber das Ganze verdient doch Anerkennung als eine adäquate Arbeit, die erwarten darf, wissenschaftlich betrachtet zu werden. Die politische Auffassung des Autors weist ihm wohl eher einen Platz auf der Rechten, als auf der Linken an.

Das Orientbuch. Wir wüßten kein zweites Buch zu nennen, das uns besser über den alten und neuen Orient unterrichtet, als dieses von Ewald Banse im Verlag Josef Singer Leipzig herausgegebene Werk. Auf 466 Seiten entrollt sich eine ebenso fesselnde, wie lehrreiche Darstellung, die so ziemlich auf alle Einzelheiten eingeht und dem Leser eine große Fülle wissenschaftlichen Stoffes übermittelt. Begleitet ist der Text von zahlreichen, gut reproduzierten Abbildungen, die dem nach Anschauung begierigen Leser einen besonderen Genuß bereiten werden. Außer diesen 174 Abbildungen enthält das Orientbuch noch 7 Karten. Druck und Papier sind tadellos. J.

## Deutsche Plastik des Mittelalters.

Man schreibt uns: Infolge besonderer Umstände ist es gelungen, die Ausstellung „Deutsche Plastik des Mittelalters“ in der Badischen Kunsthalle noch mehrere Wochen zusammenzuhalten. Nur die Abteiler „Meister der Spätgotik“ wird im Lauf der nächsten Woche abgebaut werden. Sie wird jedoch alsdann ersetzt durch eine neue Abteilung „Klassische Plastik des Mittelalters“, in der die Meisterwerke der deutschen Plastik des früheren Mittelalters (Bamberg, Raumburg, Weiskirchen, Magdeburg usw.) in Vergrößerungen und Detailaufnahmen zur Anschauung gebracht werden. Führungen finden jeweils Mittwochs 11 Uhr und Samstags 3 Uhr statt. Der Schluß der Ausstellung wird rechtzeitig bekannt gegeben.

aimmt. Wahlfäule würde nur bedeuten, daß die Erkenntnis von den Aufgaben des Staates nicht in genügendem Maße in unser Volk gedrungen ist. Wir hoffen, daß wir diese Feststellung am nächsten Montag nicht zu machen gezwungen sind.

### Frühere Wahlziffern.

N.-S. Bei der Beurteilung der Landtagswahlen in Baden sind die zahlenmäßigen Ergebnisse bei der Wahl zur badischen Nationalversammlung am 5. Januar 1919 und bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 von entscheidender Bedeutung.

Was zunächst die Wahlbeteiligung anlangt, so betrug sie in Baden 1919 84,4%, 1920 bei der Reichstagswahl 73,0%. An Stimmen wurden abgegeben:

	1919	1920
Für Deutschnationale Volkspartei	72 211	113 554
„ Deutsche Volkspartei	—	64 653
„ Deutsche Demokratische Partei	233 956	116 398
„ Zentrum	376 208	344 027
„ Mehrheitssozialdemokratie	329 317	190 298
„ Unabhängige Soz. Partei	15 449	102 965
„ Kommunistische Partei	—	14 471

Prozentual berechnet, bekamen bei der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920:

	12,0%	6,8%	12,3%	36,4%	20,1%	10,9%	1,5%
Deutschnationale Volkspartei	12,0%	der Stimmen					
Deutsche Volkspartei	6,8%	„					
Deutsche Demokratische Partei	12,3%	„					
Zentrum	36,4%	„					
Mehrheitssozialdemokratie	20,1%	„					
Unabhängige	10,9%	„					
Kommunisten	1,5%	„					

Diese prozentuale Berechnung wird zugrundegelegt werden müssen, wenn man das Ergebnis der Landtagswahlen vom 30. Oktober 1921 mit dem der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 vergleicht.

Was die Zahl der Mandate betrifft, so würde ein nach dem Ergebnis vom 6. Juni 1920 konstituierter Landtag folgendermaßen ausgefallen haben:

	11 (jezt 7)	6 (jezt 0)	11 (jezt 25)	34 (jezt 39)	19 (jezt 36)	10 (jezt 0)	1 (jezt 0)
Deutschnationale Volkspartei	11 (jezt 7)	Abgeordnete					
Deutsche Volkspartei	6 (jezt 0)	„					
Deutsche Demokratische Partei	11 (jezt 25)	„					
Zentrum	34 (jezt 39)	„					
Mehrheitssozialdemokratie	19 (jezt 36)	„					
Unabhängige	10 (jezt 0)	„					
Kommunisten	1 (jezt 0)	„					

Für die am 30. Oktober stattfindenden Neuwahlen haben im Ganzen neun Parteien ihre Wahlliste eingereicht: nämlich außer den oben genannten sieben noch der Landbund, der der Deutschnationalen Volkspartei nahesteht, und die Wirtschaftliche Vereinigung.

### Dr. Rathenau in Mannheim.

DZ. Dr. Rathenau sprach gestern in Mannheim in einer von etwa 7000 Personen besuchten deutsch-demokratischen Versammlung. Nachdem er das durch den Völkerverbund gefällte Gutachten über Oberösterreich scharf kritisiert hatte, wies der Redner auf das neugebildete Kabinett hin, das ein Kabinett von Männern sei, die sich entschlossen haben, sich um den Reichsführer Dr. Brüning zu bemühen. Ich betrachte es, so führte er aus, als ein Glück für unser Land, daß dieser Mann es übernommen hat, die Regierung zu bilden. Als charaktervoller Mann ist nur Brüning imstande, in voller Breite nach außen zu wirken und gleichzeitig nach innen zu ordnen. Nicht außerpolitische Gründe haben mich gegen den Eintritt in das neue Kabinett bestimmt, sondern lediglich der Beschluß unserer Fraktion, ihre Mitglieder nicht von neuem in das Kabinett einzutreten zu lassen. Ich selbst bin diesem Beschluß nicht beigetreten. Aber als Demokrat erkläre ich mich mit einem Beschluß der Regierung, auch gegen meine Stimme. Dr. Brüning hat die Fäden der Regierung geführt mit dem Ergebnis, daß in den fünf Monaten seiner Regierung Deutschland pazifiziert worden ist. Das höchste, das wir haben, ist der innere Frieden des Landes, denn er ist das letzte, was wir von einem eigentlichen Frieden noch besitzen.

Es begannen Verhandlungen mit dem Auslande und es breitete sich eine Atmosphäre des offenen Vertrauens aus im internationalen Leben. Die einzige jegliche Politik ist die Politik des Vertrauens. Eine solche Politik hat der Kanzler mit guten und edlen Mitteln erwirkt. Ein solcher Mann verdient das Vertrauen seines Landes ebenso, wie er das Vertrauen des Auslandes verdient. Die künftige Politik kann nicht eine Politik des Widerstandes sein. Wir werden eine Politik der ruhigen und zuverlässigen Erfüllung führen müssen, soweit es eben möglich ist.

Unsere Politik wird nach wie vor sein: Aufbau nach innen und außen. Es wird nötig sein, dem Auslande gegenüber sich nicht auf den Standpunkt zu stellen, wir werden jetzt nichts mehr tun, wir erkennen den Vertrag nur noch an als einen festen Papier. Aber wir werden auch nicht das Land dahin drängen, daß es unter seiner Last zusammenbricht. Der größte Teil unserer künftigen Politik wird Reparationspolitik sein müssen. Dieses ist vorbereitet und ich hoffe, daß auch das neue Kabinett die Fäden weiter spinnen wird.

Unser Zustand ist kein hoffnungsloser. Wenn wir den starken Willen haben, ihn zu ertragen. Das Problem ist ein Wirtschaftspröblem. Es ist nötig, Produktion und Konsum in Einklang zu bringen. Die Einfuhr überflüssiger Güter aus dem Auslande, die wir zulassen, darf nicht weiter in diesem Maße gebildet werden. Unsere Valuta werden wir erst dann heben, wenn wir imstande sind, die Bilanz des Wirtschaftskörpers zu einer aktiven zu machen, wenn wir mehr produzieren als verbrauchen. Wirtschaftskrisen in den uns bisher feindlichen Ländern sehen heute schon ein, daß es nicht möglich ist, anders zu arbeiten als in einer Weltgemeinschaft. Eine Weltordnung kann nur eintreten, durch Wiederherstellung des ganzen Weltorganismus der Ökonomie. In bezug auf die Meinung, daß Deutschland den Bankrott erklären müsse, beweist Redner auf den Paragraphen des Vertrages von Versailles, der besagt, daß die Leistungsfähigkeit in Deutschland von Zeit zu Zeit geprüft werden müsse. Es gibt nur einen Weg, nämlich den, unsere Zahlungen zu verändern in Sachleistungen. Dieser Weg wurde beschritten in den Verhandlungen von Wiesbaden und hat zu dem Ergebnis geführt, daß wir

mit dem Schwierigsten unserer Gegenkontrahenten ein Leistungsprogramm in Waren, anstelle eines Leistungsprogramms in Gold setzten.

Der Redner schloß, niemals ist ein Volk in der Geschichte ausgelöscht worden, das noch innere Lebenskräfte in sich fühlt. Wir fühlen in uns Lebenswillen, wir fühlen Vertrauen in die deutsche Zukunft. (Stürmischer, langanhaltender Beifall).

### Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Heidelberg, 27. Okt. Die gesamte Heidelberger Presse wendet sich gegen die Forderung des Landtagsabstimmes durch den Bau des Rhein-Neckar-Donaukanals. Es handle sich darum, ob das oberhalb der Karl-Theodor-Brücke notwendige Stauwehr mit seinen umfangreichen technischen Bauten zwischen Kirchstraße und Karlstor gelegt werden soll, so daß der Blick von der Brücke nach aufwärts beeinträchtigt werde, oder ob es nicht möglich sei, einen Ausweg zu finden, der den mit diesem Blick verachsenden Begriff „Alteidelberg“ vor der Zerstörung rette.

DZ. Konstanz, 27. Okt. Die erste Strafkammer des Landgerichts Konstanz verurteilte den Johann Peter Gasc aus La Biouelle in Frankreich, Angestellter der Seinerpräfectur in Paris, wegen erschwerter Körperverletzung und unerlaubten Waffenbesitzes zu einem Jahr und zwei Wochen Gefängnis, unter Anrechnung der vollen Untersuchungshaft. Gasc brachte einen Teil seines Erholungsurlaubes in Konstanz zu. In einer Weinchenke, wo Gasc am 11. September d. J. abends gegen 7 Uhr Obstwein holen wollte und ihm bedeutet wurde, daß es keinen solchen mehr gäbe, kam es zwischen ihm und dem Wirt zu Streitigkeiten, in deren Verlauf der Franzose von einem zufällig hinzukommenden Athleten an die Luft befördert wurde. Kaum hatte sich der Wirt einige Schritte entfernt, feuerte der Franzose auf ihn. Die Kugel ging diesem von hinten in die Hüfte und blieb in der vorderen Bauchwand stecken. Die Verletzung hatte eine mehrwöchentliche Arbeitsunfähigkeit des Betroffenen zur Folge.

### Aus der Landeshauptstadt.

Graf Bernstorff über die auswärtige Politik, Graf Bernstorff sprach vorgestern Abend in einer Wahlversammlung der Deutschen Demokratischen Partei über die äußere Politik. Er meinte u. a.: Wenn wir nicht erreichen, daß im Auslande die Vernunft wieder zur Herrschaft kommt, kommen wir nicht wieder hoch. Das wichtigste sei, daß wir zunächst unseren Parteiführer im Innern zurückdrängen. Wir müssen auf dem Wege freundlicher Verhandlungen zu einer Revision unserer Zahlungsverpflichtungen kommen. Stimmung dafür sei besonders in Amerika vorhanden. Wir hätten in dem Augenblick, als Oberösterreich dem Völkerverbund überliefert wurde, um Aufnahme in den Völkerverbund eruchen müssen. Besondere Beachtung verdient die demnächst abzustimmende Konferenz in Washington. Ein englisch-japanisches Bündnis gegen Amerika hält Redner für ausgeschlossen. Komme es zu einer Verständigung zwischen England und Amerika, dann werden wir in den nächsten 30 Jahren eine Welt Herrschaft den englisch sprechenden Völkern haben. Die deutsche Politik muß sich darauf einstellen. Amerika interessiert sich in Europa nur für die wirtschaftliche Seite. In politischer Hinsicht sei in Amerika nichts für uns zu erwarten. Redner meint, daß Ausland der Maßstab sei, wo wir mit Amerika und England zusammenarbeiten müßten.

Sonntag, den 30. Oktober 1921.  
**Landestheater.** Landestheater.  
 nach 2—4 Uhr Mk. 7— abends 6 Uhr. M. 25.—  
**Der Froschkönig** **Die Königskinder.**  
 oder **Die Königin.**  
 der eiserne Heinrich.  
 Konzerthaus, 7—9 Uhr. Mk. 12.20.  
**Börsenfieber.**

**Auffklärung über den Fall Gau!**  
 Soeben erschienen! Größtes Aufsehen!

**Dr. Gau mit Partei nicht begnadigt.**  
 Von dem Verfasser des Buches „Die amnestierte Reichswehr“ Dr. Carl Gau, der im Juli 1920 nach fünfjähriger Verbannung von dem Reichspräsidenten Ebert wegen Verurteilung des Reichspräsidenten Ebert in Baden-Loben zum Tode verurteilt und auf dem Antrage des Reichspräsidenten Ebert begnadigt worden war, hat die amnestierte Reichswehr erhalten, daß er am 1. April 1920 aus dem Reichsland entlassen werden wird.  
 Die Affäre Gau hat seinerzeit großes Aufsehen erregt. Dr. Gau hatte es mit sehr wenig wichtigen Mitteln verstanden, die Einwilligung der Frau Müller zu seiner Ehe mit deren Tochter zu erlangen. Nachdem er in Baden-Loben durch einen Schwägeren erholte, durchgebrachte hatte, leitete er aus Amerika nach Deutschland aus. Am Abend des 6. November 1908 wurde Frau Müller an der Büchsenstraße in Baden-Loben aus dem Fenster durch einen Schuss getötet. Da aus Karlsruhe Dr. Gau von verschiedenen Personen mit falschem Namen und falscher Verkleidung in Baden-Loben gesehen worden war, wurde es nach seiner Verurteilung für schuldig befunden. Seine Frau hat ihn früher als Leben genommen. Dr. Gau verübte seine Strafe im Justizhaus zu Straßburg.

**Ferdinand Runtel, Er und die drei**  
 Gesellschaftlicher Detektivroman von unerhörter nicht zu übertreffender Spannung.  
 Preis: broschiert Mk. 12.—, gebunden Mk. 17.— und 20% Feuerungszuschlag.  
 In allen Buchhandlungen zu haben, wo nicht unter Nachnahme durch  
**Josef Singer Verlag, Leipzig**  
 Industriepalast. R. 712

**Kaufhaus Oberpollinger**  
 G. m. b. H., München  
 Wir suchen für unsere umfangreichen, bestrenommierten Abteilungen **Damenkonfektion und Damenputz** je einen **Einkäufer** und Abteilungsleiter. Für diese Posten kommen nur Herren (für Putz eventl. Dame) von bester Qualität mit reichen Erfahrungen in gleicher oder ähnlicher Stellung in Frage. Wir erbitten gefl. Bewerbungen mit Bild, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen. R. 730

**5% ige Handdarlehensschemine des Badenwerkes von 1921.**  
 Ich bin — freibleibend — Käufer obiger Handdarlehensschemine zum Kurse von 98% in Posten nicht unter einer Million Mark.  
**B. J. Baer, Bankgeschäft**  
 Halle a. S. R. 731

**Erich Bühler**  
 Bank-Geschäft  
 Kreuzstraße Nr. 4, am Marktplatz  
 empfiehlt sich zur Ausführung von **Bank-Geschäften jeder Art** zu den billigsten Sätzen. K. 271  
 Konto-Korrent- u. Scheckverkehr, Annahme u. bestmögliche Verzinsung v. **Spargeldern** je nach Kündigungsfrist, kurzfristige Darlehen gegen Sicherheit, An- und Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere, Kupons und Noten.  
 Fachmännische Auskunft u. Beratung — in allen Geld-Angelegenheiten. —

urteilung des Bestaggen zur Zahlung einer Unterhaltsrente von monatlich je 150 Mark.  
 Termin zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor dem Amtsgericht zu Offenburg ist bestimmt auf:  
 Donnerstag, den 8. Dezember 1921, vormittags 9 Uhr, Zimmer 17.  
 Offenburg, 19. Okt. 1921.  
 Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.  
 3.552. Baden. Über das Vermögen des Branntweinhandlers Eugen Wipflinger in Singheim wurde heute am 28. Oktober 1921, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner zahlungsunfähig ist und seine Zahlungen eingestellt hat.  
 Rechtsanwalt Winhold in Baden wurde zum Konkursverwalter ernannt.  
 Konkursforderungen sind bis zum 7. Januar 1922 bei dem Gerichte anzumelden.  
 Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte, Zimmer 19, zur Beschlusfassung über die Verhinderung d. ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Mittwoch, den 23. November 1921, vormittags 10 Uhr**, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Mittwoch, den 25. Januar 1922, vormittags 10 Uhr**.  
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Vorkauf

in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 7. Januar 1922 Anzeige zu machen.  
 Baden, 28. Okt. 1921.  
 Der Gerichtsschreiber des Abt. Amtsgerichts.  
**Verchiedene Bekanntmachungen.**  
 Bei der Gemeinde Schapbach, Amt Wolfach, ist die Stelle eines **Rathschreibergehilfen**, die durch unerwartetes Ableben des bisherigen Inhabers erledigt wurde, wieder alsbald zu besetzen. Gelegene und im Gemeindeverwaltungsamt durchaus erfahrene Bewerber, Kreisangehörige haben den Vorzug, wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines kurzen Lebenslaufes und Angabe der Gehaltsansprüche bei der unterzeichneten Stelle einreichen. R. 729.2.1  
 Schapbach, 27. Okt. 1921.  
 Der Gemeindevorstand.  
**Badischer Ciertarif.**  
 Mit Gültigkeit vom 29. Okt. 1921 wird für die Benutzung der überdeckten Tierstände und der dabei befindlichen Tränkeinrichtung im Bahnhof Bad. Pf. für Kleinvieh in Wagenabladungen bei Verwendung von einbüchigen Wagen eine Gebühr von 10 Franken, bei Verwendung von mehrbüchigen Wagen eine solche von 15 Franken erhoben. Karlsruhe, 28. Okt. 1921.  
 Eisenbahn-Generaldirektion. 3.561  
**Güterverkehr bad.-schweiz. Übergangszweck.**  
 Mit Gültigkeit vom 19. ds. Mt. ab ist der gemeinsame schweizer. Ausnahmetarif Nr. 42 für Zuercher nach und von Aarberg neu aus gegeben worden. 3.560  
 Karlsruhe, 28. Okt. 1921.  
 Eisenbahn-Generaldirektion.